



Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Regionalgruppe Münster
Kajo Schukalla
(Arbeitskontakte am Ende des Schreibens)

www.gfbv.de

www.rg-muenster.gfbv.de

Münster, 6. November 2018

Liebe Freundinnen und Freunde in der Menschenrechtsarbeit,
sehr geehrte Damen und Herren,

vor wenigen Tagen verstarb der emeritierte **Weihbischof Friedrich Ostermann** in Münster. Über Jahrzehnte war er uns ein wichtiger Ansprechpartner bei Anliegen von Geflüchteten und Roma. Manche von Abschiebung bedrohten Familien und Bedrängte verdanken ihm konkrete und wirksame Unterstützung. Auch er konnte ungerecht empfundene staatliche Verfahren nicht ändern, aber sein diskretes Wort wirkte auch in die praktische Politik hinein. Weihbischof Ostermann war stets unprätentiös im Umgang, von kritischem Geist und fest verwurzelt im Glauben, zudem ein Westfale, der seine Herkunft nie verleugnete, übrigens gar nicht so weit vom Dom entfernt geboren. Wir werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Der September und Oktober waren zwei Monate mit zahlreichen Veranstaltungen. Alleine in der Reihe **Unfair.Unfrieden.Flüchten** des Beirats für kommunale Entwicklungszusammenarbeit waren wir mit sechs Angeboten beteiligt. Hinzu kam noch unsere Beteiligung am **FriedensKulturMonat 2018** sowie kleinere Aktivitäten, von der Alltagsarbeit noch abgesehen.

Wieviele **Aktionen und Mahnwachen** wir in diesem Jahr noch hinbekommen, hängt auch von Möglichkeit und Bereitschaft unserer eigenen Regionalgruppe ab. Einzelheiten werden wir beim offenen Arbeitstreffen am kommenden Donnerstag (8.11.; siehe unter Terminen) besprechen. Interessierte sind auch hier herzlich willkommen.

Am 2. Dezember-Wochenende wollen wir anlässlich der Jubiläen **70 Jahre Genozid-Konvention und Allgemeine Erklärung der Menschenrechte** an aktuelle Probleme erinnern.

Die nachfolgend aufgeführten Termine anderer Veranstalter betreffen schwerpunktmäßig die Themen **Juden** in Münster sowie das Dauerthema **Antisemitismus**.

Ich würde mich freuen, wenn künftig mehr auch von unserer Regionalgruppe an den lokalen Gedenkveranstaltungen teilnehmen könnten, die alle hochaktuelle Bezüge zur Gegenwart herstellen.

Mit herzlichem Gruß
Kajo Schukalla

1. Ausgewählte Termine

Gesellschaft für bedrohte Völker – Münster

Offenes Arbeitstreffen

Donnerstag, 8. November 2018, 19.30 Uhr (neue Zeit!)

Die Brücke – International Office, Raum 107

Wilmergasse 2 (Ecke Schlossplatz),

48143 Münster

Bei den offenen Arbeitstreffen tauschen wir Informationen über aktuelle Menschenrechtssituationen aus und planen nächste Aktionen.

Interessierte sind herzlich willkommen.

Gedenkstunde zum 9. November 1938

Freitag, 9. November 2018, 11 Uhr

Synagoge Münster, Klosterstr. 8-9, 48143 Münster

Ansprache von Dr. Uri R. Kaufmann, leiter der „Alten Synagoge Essen – Haus der jüdischen Kultur“: Der Kampf gegen Antisemitismus als fortlaufende Aufgabe in einer Einwanderungsgesellschaft mit immer größerem Abstand zur Schoah.

Teilnahme frei

Variation of White

Miia Autio

nur noch bis Sonntag, 11. November 2018

Stadtmuseum Münster, Salzstr. 28, 48143 Münster

Eine Sonderausstellung der Friedrich-Hundt-Gesellschaft e.V. im Stadtmuseum Münster

Albinismus (von lateinisch albus ‚weiß‘) bezeichnet angeborene Störungen in der Biosynthese der Melanine (Pigmente, Farbstoffe), die sich vor allem als hellere Haut- und Haarfarbe auswirken. Albinos besitzen nicht nur eine extrem empfindliche Haut. In vielen afrikanischen Regionen bilden sie eine Streuminderheit, die unter extremen Vorurteilen zu leiden hat. In Malawi konnte ich dies selbst erleben.

Verfolgung und Tötung unter Hexereivorwürfen ist eine Menschenrechtsverletzung, unter der sie immer wieder zu leiden haben. Die Gesellschaft für bedrohte Völker hat sich wiederholt für verfolgte Albinos, bspw. in Tansania, engagiert. Die Fotoausstellung, die sich der Albinos annimmt, ist eine absolute Rarität. Von den Ausstellungstexten und der begleitenden Video-



Dokumentation hätte ich mir gewünscht, dass diese Menschenrechtsaspekte stärker berücksichtigt worden wären. Gleichwohl empfehle ich diese besondere Fotoausstellung sehr.
Kajo Schukalla

Die Dargestellten werden schnell als Menschen aus Afrika identifiziert. Doch entsteht bei den Betrachterinnen und Betrachtern bald eine Irritation. Sie sehen keine direkte Wiedergabe der äußeren Wirklichkeit, sondern ein Bild, das Auge und Verstand transformieren. Anstatt originaler Bilder ist in der Arbeit deren farblich negativierte Umkehrung zu sehen. Auf den ersten Blick entspricht das umgekehrte Bild der Erwartung des Betrachters. Ein ähnlicher Prozess, wie Vorurteile, die sich nach einiger Zeit der Betrachtung und der Annäherung als unwahr herausstellen können. Die Arbeit hinterfragt, wie das Bild von Realität entsteht. Die Subjektivität des Blickes stellt sich heraus, wenn sich das Bild, das auf den ersten Blick als wirklich wahrgenommen wurde, als etwas Anderes enthüllt.

Miia Autio wurde 1986 in Reisjärvi/Finnland geboren. Sie absolvierte ein BA-Studium Visuelle Kommunikation an der University of Applied Science in Lahti (2010-2015) sowie Fotografie und Medien an der Fachhochschule in Bielefeld (2013-2016). Ihre Arbeiten wurden in zahlreichen Einzel- und Gruppenausstellungen gezeigt (u.a. Fotografiemuseum Helsinki, Deichtorhallen Hamburg, NRW-Forum Düsseldorf). Sie erhielt verschiedene Auszeichnungen, u.a. „gute aussichten – neue deutsche fotografie“ (2016/2017), photothales (2017). Miia Autio lebt und arbeitet in Helsinki.

www.miiaautio.com

<http://friedrich-hundt-gesellschaft.de/Ausstellungen/Aktuell/Variation-of-White>

9. Lateinamerika-Wochen 2018

Seit dem 19. Oktober bis zum 24. November 2018

Die vielfältigen Kulturen Lateinamerika kann man in Münster direkt vor der Haustür erleben. Weitere Informationen und das ausführliche Veranstaltungsprogramm finden Sie im Veranstaltungskalender unter dieser Adresse:

<http://www.upla-ev.de/events/>

Lateinamerikanische Wochen in Münster sind besondere Veranstaltungstage mit spürbarer Lebensfreude und wertvollen Begegnungen für alle. Der Verein Upla veranstaltet diese bereits zum 9. Mal und so besteht kein Zweifel daran, dass die Lateinamerikanischen Wochen sich als feste Größe im Veranstaltungskalender der Stadt Münster etabliert haben.

Upla e.V. – Upla steht für Unión por Latinoamérica y Alemania – ist ein deutsch-lateinamerikanischer Verein, der die Vernetzung und den interkulturellen Austausch zwischen der deutschen und der lateinamerikanischen Bevölkerung in Münster und Umgebung zum Ziel hat.

<http://www.upla-ev.de/>

Stätten jüdischen Lebens in Münster

– vom Mittelalter bis in die Gegenwart. Stadtrundgang

Sonntag, 11. November 2018, 14 Uhr

ab Syndikatsplatz (Hintereingang der Buchhandlung Herder-Poerten)

Referent: Andreas Determann

Teilnehmerentgelt 5 €

Juden in den Niederlanden

Verfolgung in der Nazi-Zeit und Umgang mit der Shoah nach 1945.

Kolloquium

Dienstag, 13. November 2018, 13.30 – 17.30 Uhr

Freiherr-von-Vincke-Haus, Freiherr-vom-Stein-Saal,
Domplatz 36, 48143 Münster

Eine Veranstaltung des Hauses der Niederlande (Universität Münster) und der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Münster

Teilnahme frei.

Anmeldung erbeten unter: zns@uni-muenster.de

Veranstalter: Volkshochschule Münster und Evangelisches Forum Münster e.V.

Eintritt frei

Preisverleihung des Zukunftspreises 2018

an die DGB-Jugend NRW

Dienstag, 13. November 2018, 17.30 Uhr (Einlass 16.30 Uhr)

Oberverwaltungsgericht NRW, Aegidiikirchplatz 5, 48143 Münster

Der Zukunftspreis wird durch die Israelstiftung in Deutschland an Initiativen und Projekte verliehen, die sich in besonderer Weise dafür einsetzen, die besonderen Beziehungen zum Staat Israel und seinen Menschen zu pflegen, an das jüdische Erbe Deutschlands und die Katastrophe des Holocausts zu erinnern und antisemitischen Bestrebungen und Tendenzen entgegenzutreten.

Die Israelstiftung in Deutschland zeichnet die DGB-Jugend NRW für ihr über das normale Maß weit hinaus gehendes besonderes Engagement aus. Sie will aber auch Mut machen, etwaige Widerstände zu überwinden und die Tradition der gewerkschaftlichen Verbundenheit mit Israel weiter zu pflegen. Ein ermutigendes Zeichen dafür ist bereits die Bekräftigung und Erneuerung der Partnerschaftsvereinbarung mit der israelischen Gewerkschaftsorganisation Histadrut, in der es heißt, dass der Israel-Austausch eine Konsequenz aus dem Holocaust sei und die DGB-Jugend damit ihrer historischen Verantwortung gerecht werden wolle. Die Partner verpflichten sich zur Fortführung des Engagements gegen Antisemitismus und dazu, einseitigen Weltbildern eine realistische Sicht auf Israel und den Nahen Osten entgegenzusetzen.

Zusammen mit dem Laudator Herrn Grisha Alroi-Arloser aus Tel-Aviv (CEO der Deutsch-Israelischen Handelskammer) werden interessante Ehrengäste aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft an der Verleihung teilnehmen.

Eine Anmeldung ist bei der Israelstiftung erforderlich:
Geschäftsstelle Teutoburgerstr. 69, 33415 Verl,

Tel. 0172-8937477, E-mail : gn@israelstiftung.de

www.israelstiftung.de

"Suche Frieden und jage ihm nach!"

Shalom und Tanach (hebräische Bibel) und im Judentum

Dienstag, 13. November 2018, 20 Uhr

Jakobus-Gemeindezentrum,

Von-Ossietzkyst. 16, 48151 Münster-Aaseestadt

Referent: Baruch Babaev, Rabbiner, Jüdische Kultusgemeinde Dortmund

Eine Veranstaltung der Evangelischen Thomas-Gemeinde Münster und des
Ökumenischen Zusammenschlusses christlicher Eine-Welt-Gruppen Münsters
im Rahmen des FriedensKulturMonats 2018

Eintritt frei

Literatur unterwegs: Saudi-Arabien.

Zweisprachige Lesung zu Flucht und Neubeginn

Dienstag, 13. November 2018, 19.30 Uhr

SpecOps Network Münster

Referenten: Prof. Dr. Abdo Abboud, Georg-D. Schaaf und spezielle Gäste

Veranstalter: Volkshochschule Münster und Evangelisches Forum Münster e.V.

Eintritt frei

Fluchtregionen Afrika, Naher Osten und Mittlerer Osten im Fokus

Die Möglichkeiten zur Ursachenminderung und ihre Herausforderungen

Mittwoch, 14. November 2018, 19 Uhr

Café Colibri, Alter Steinweg 11, 48143 Münster

Diskussionsteilnehmer:

Ruprecht Polenz, CDU,

Christoph Strässer, SPD,

Helmut Flötotto, Flüchtlingsbeauftragter des Bistums Münster,

Dr. Jens H. Hellmann, Forschungsinitiative Psychological Aspects of Refugee

Integration, Institut für Psychologie der Universität Münster,

Ismet Nokta, AK-Leiter und Ansprechpartner für Geflüchtete aus Syrien, Irak

und Türkei bei der GfbV-Münster

Veranstalter: Arbeitskreis Außen- und Sicherheitspolitik der CDU-Münster

Teilnahme frei

Ökumenischer Zusammenschluss christlicher Eine-Welt-Gruppen

Mitgliederversammlung

Mittwoch, 14. November 2018, 19.30 Uhr

Martini-Pfarrzentrum, Martinikirchhof 11 (Ecke Neubrückerstr./ hinter dem Stadttheater),
48143 Münster,

<http://www.muenster.org/einewelt/>

Interessierte sind herzlich willkommen.

Leben nach dem Überleben

Doppelausstellung

„Über-Leben“. Porträts von Holocaust-Überlebenden aus Münster

fotografiert von Ralf Emmerich

„Amcha“

Überlebende des Holocausts und ihre Familien in Israel
porträtiert von Helene Schätzle

nur noch bis Donnerstag, 15.10. 2018

LWL-Bürgerhalle Münster, Freiherr- vom Stein-Platz 1
(Ecke Warendorfer Str.)

Eintritt frei

Taxi am Shabbat

Eine Reise zu den letzten Juden Osteuropas

Donnerstag, 15. November 2018, 19 Uhr

Villa ten Hompel, Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster
Lesung und Gespräch mit Eva Gruberová und Helmut Zeller

Eintritt frei

Emigration und Remigration

Deutsch-jüdische Lebenswege und Lebenserzählungen

- **Prägungen: deutsch und jüdisch**

- **Rückblickende Bilanzierungen**

- **Intergenerationelle Perspektiven**

Freitag bis Samstag, 16. - 17. November 2018

Fr ab 17:00 Uhr, Sa bis 18:00 Uhr

Akademie Franz Hitze Haus,

Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stehen diejenigen Emigranten und Remigranten, die sich im Adoleszenzalter in deutsch-jüdischen Vergemeinschaftungen Heranwachsender engagiert, dort Freunde und Gleichgesinnte gefunden und mit den ‚typisch deutschen‘ Traditionen jugendbewegter bzw. jugendbündischer Gruppierungen in Berührung gekommen waren und für die diese Bindungen auch später bedeutsam blieben.

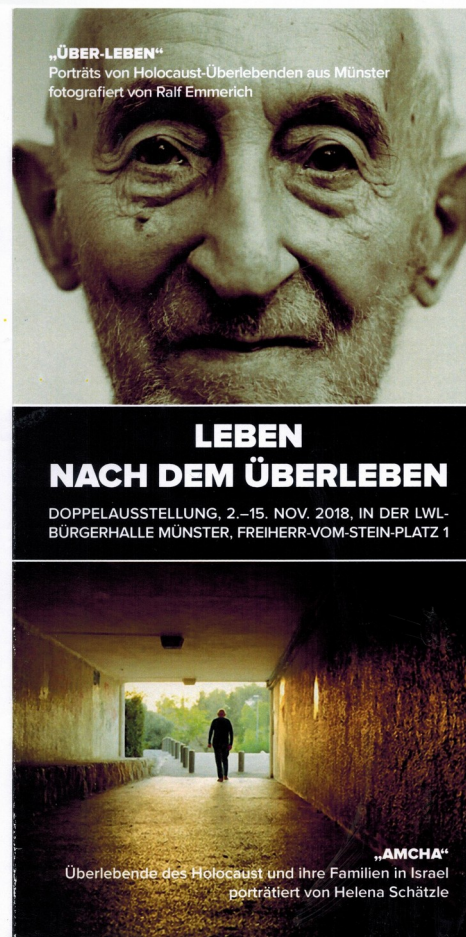
Eine Veranstaltung von Franz Hitze Haus Münster, Moses Mendelssohn Zentrum e.V., Potsdam und Richard Koebner Minerva Center, Jerusalem / IL

<https://www.franz-hitze-haus.de/info/18-428/>

Ost und West umarmen sich.

Die Baha'i-Gemeinde Münster lädt ein zu einer Reise durch Kunst, Poesie und Religion

Samstag, 1. Dezember 2018, 19 Uhr



Kulturzentrum GBS (Ballenlager), Galerie Hunold,
Friedrich-Ebert-Str.3, 48268 Greven
Musikalische Begleitung durch Sevil Mammadova am Flügel mit Gesang

Eintritt 5 €, erm. 3 €

Gesellschaft für bedrohte Völker – Münster

Offenes Arbeitstreffen

Donnerstag, 6. Dezember 2018, 19.30 Uhr

Die Brücke – International Office, Raum 107
Wilmergasse 2 (Ecke Schlossplatz),
48143 Münster

Gedenken an die erste Deportation aus Münster am 13. Dezember 1941

Sonntag, 9. Dezember 2018, 11.30 Uhr

Gedenktafel Ecke Warendorfer Str. / Kaiser-Wilhelm-Ring
anschließend ab 12 Uhr Gespräch in der Villa ten Hompel,
Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Teilnahme frei

Menschenrechtsjubiläen als Verpflichtung

70 Jahre Genozid-Konvention (9. Dezember 1948)

70 Jahre Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (10. Dezember 1948)

50 Jahre Gesellschaft für bedrohte Völker

Mahnwachen und Aktionen zum Wochenende

Samstag, 8. Dezember 2018

(Details werden kurzfristig in der Tagespresse und als Mail mitgeteilt)

Die **Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes** wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen als Resolution 260 A (III) am 9. Dezember 1948 beschlossen. Sie trat am 12. Januar 1951 in Kraft und wurde bisher von 147 Staaten ratifiziert.

Der Jahrestag dieser UN-Konvention hat wenig Beachtung wie kaum ein anderes UN-Vertragswerk gefunden. Auch nach dem Holocaust und Verbrechen des Dritten Reiches hat es zahlreiche Genozide gegeben.

Die **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte** wurde am 10. Dezember 1948 von den Vereinten Nationen verabschiedet. Artikel 1 schreibt fest: "Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren". Damit werden jedem Menschen unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion oder sozialem Status



die gleichen Rechte und Freiheiten zugesichert.

Die Anerkennung der gleichen Rechte aller Menschen bildet die Grundlage von Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden auf der Welt.

Alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verpflichten sich zur Einhaltung dieser Rechte und Grundfreiheiten – viele Länder haben die allgemeinen Menschenrechte sogar in ihre Verfassung mit aufgenommen und verpflichten sich demnach sogar rechtlich zum Schutz dieser.

Auch die Gesellschaft für bedrohte Völker steht für Menschenrechte auf der ganzen Welt ein und nimmt sich die Resolution der UN als Vorbild für ihre Arbeit.

<https://www.gfbv.de/de/informieren/ihre-menschenrechte/>

Die Erklärung ist ein Meilenstein in der Geschichte der Menschenrechte, sie ist das am meisten übersetzte Dokument der Welt, verfügbar in mehr als 500 Sprachen. Auch 70 Jahre nach ihrer Verabschiedung hat sie nichts an Aktualität verloren. Gleichheit, Gerechtigkeit und Menschenwürde sind universelle Werte – heute wie damals vor 70 Jahren.

Das Jubiläumsjahr 2018 bietet die Chance, schreibt auch das Deutsche Institut für Menschenrechte, die Menschenrechte zu feiern und ihre Prinzipien und Standards zu bekräftigen. Denn auch heute werden die Menschenrechte vielerorts fundamental bedroht.

<https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/aktuell/70-jahre-aemr/>

50 Jahre Gesellschaft für bedrohte Völker

Am ersten Oktober-Wochenende (5.-7.10.2018) hatten wir im Rahmen der GfbV-Jahreshauptversammlung mit zahlreichen Ehrengästen auch Gelegenheit zu einem Rückblick mit zahlreichen Ehrengästen und einer kleinen Feier.

<https://www.gfbv.de/de/informieren/50-jahre-gfbv/>

Migration und Entwicklung

Grundlagenseminar

Dienstag, 11. Dezember 2018, 16 – 20 Uhr

Stadtweinhaus, historisches Rathaus, Prinzipalmarkt, 48147 Münster

Eine Veranstaltung von Beirat für kommunale Entwicklungszusammenarbeit Münster, Integrationsrat Münster und MiGlobe.

Information und Anmeldung: Stadt Münster, Frau Susanne Rietkötter,

Tel. 0251/ 492-3326, E-mail: rietkoetter@stadt-muenster.de

Teilnahme kostenfrei

Ignoranz, Gleichgültigkeit, Passivität?

Die „Volksgemeinschaft“ und der Holocaust

Mittwochsgespräch

Mittwoch, 12. Dezember 2018, 19 Uhr

Villa ten Hompel, Kaiser-Wilhelm-Ring 28, 48145 Münster

Eintritt frei

Gesellschaft für bedrohte Völker – Münster
Offenes Arbeitstreffen

Donnerstag, 10. Januar 2019, 19.30 Uhr
Die Brücke – International Office, Raum 107
Wilmergasse 2 (Ecke Schlossplatz),
48143 Münster

(Freier) Welthandel

Fluch oder Segen?

Jahrestagung Entwicklungspolitik 2019

Freitag bis Sonntag, 11. - 13 Januar 2019

Akademie Franz Hitze Haus,
Kardinal-von-Galen-Ring 50, 48149 Münster

Veranstalter: AG Eine Welt / Arbeitsgemeinschaft Eine Welt-Gruppen im Bistum Münster
und in der Evangelischen Landeskirche von Westfalen und Franz Hitze Haus Münster

Tagungsbeitrag 30 €, erm. 15 €, Übernachtung 40 oder 60 €

Anmeldung bis zum 14.12.2018
über E-mai: grthues@franz-hitze-haus.de
Tel. 0251/ 9818-480
www.franz-hitze-haus.de

Aus Westfalen in die Südsee. Katholische Mission in den deutschen Kolonien.
Sonderausstellung
bis 13. Januar 2019

Stadtmuseum Münster, Salzstr. 28, 48143 Münster

Im Rahmen des FriedensKulturMonats habe ich eine kolonialgeschichtliche Radtour durchgeführt, die auch aktuelle Bezüge zur Denkmalpolitik der Stadt Münster und den deutsch-namibischen Verhandlungen u.a. zum Umgang mit dem Völkermord an den Herero und Nama einschloss. Nur verweisen konnte ich bei der dreistündigen Stadttour auf eine jüngst eröffnete Sonderausstellung im Stadtmuseum, die den Aspekt christlicher Mission in der Südsee behandelt. Diesen empfehlenden Hinweis wiederhole ich hiermit gerne. Kajo Schukalla

Ende des 19. Jahrhunderts verbanden sich in Deutschland Kolonialismus und christliche Mission. Dies galt besonders für Ozeanien, wo das Deutsche Reich nur deutsche Missionsgesellschaften bzw. -orden dulden wollte. Aus Münster und Westfalen waren zwei Orden an der Mission in Ozeanien beteiligt. Die eigens gegründeten Hiltruper Herz-Jesu-Missionare und die Missionsschwestern vom Heiligsten Herzen Jesu aus Münster-Hiltrup sowie die Rheinisch-Westfälische Ordensprovinz der Kapuziner übernahmen die Christianisierung in Papua-Neuguinea und Mikronesien. Erstmals wird die katholische Missionsgeschichte in Ozeanien – von Papua-Neuguinea über die Karolinen, Marshallinseln bis zu den Marianen – während der deutschen Kolonialzeit mit einem Fokus auf die münsterischen Orden in einer Ausstellung detailliert beleuchtet.

Die Ausstellung "Aus Westfalen in die Südsee. Katholische Mission in den deutschen Kolonien" wurde in Kooperation vom Stadtmuseum Münster und dem Exzellenzcluster "Religion und Politik" der Westfälischen Wilhelms-Universität (WWU) erarbeitet.

Zahlreiche Leihgaben veranschaulichen das Leben der katholischen Missionare, ihre Aufgaben und wissenschaftlichen Interessen, die Beziehung zur Kolonialregierung und zur evangelischen Mission. Fotografien illustrieren das Wirken der Missionare in Ozeanien und ihren Einfluss auf die lokale Bevölkerung. Ethnologische Objekte, die von den Missionaren mit nach Deutschland genommen wurden, lassen die komplexe und für Christen fremdartige Vorstellungswelt der Einheimischen erahnen. So ist als außergewöhnliches und sehr seltenes Stück ein für den Ahnenkult erstellter Mondfisch aus Neuirland (ehemals Neu-Pommern) zu sehen.

Auch die Interpretation von christlicher Bildsprache durch indigene Künstler kann anhand von Objekten nachvollzogen werden. Einblicke in die Natur der deutschen Kolonien gewähren zahlreiche Vogelpräparate und weitere Tiere, die dem Forschergeist des 19. Jahrhunderts entsprechend nach Hiltrup gebracht wurden. Die teilweise über 100 Jahre alten Präparate zeugen nicht nur von der Tierwelt in den Kolonien, sondern auch von ihrer Bedeutung für die Wissenschaft. Blick in die Ausstellung.

Auch die Auswirkungen der kolonialen Verbindungen auf die Bevölkerung im Deutschen Reich werden erfahrbar. Der Kontakt mit den Menschen aus den Kolonien, etwa in sogenannten Völkerschauen, beeinflusste Fremd- und Selbstwahrnehmung sowohl der Deutschen als auch der Indigenen aus den Kolonien. Hinzu kam beispielsweise die größere Verfügbarkeit von Kolonialwaren, die nun für die breitere Bevölkerungskreise erschwinglich wurden.



Zur Ausstellung ist im Reimer-Verlag ein Begleitbuch erschienen und ist zum Vorzugspreis von 28 Euro im Stadtmuseum erhältlich

2. Berichte und Hinweise zur Menschenrechtsarbeit

Menschenrechtssituation in Syrien: Gesellschaft für bedrohte Völker fordert mehr Engagement

(Pressebericht)

Um Menschenrechtssituation im Nahen Osten, die Konfliktkonstellationen und das aktuelle Fluchtgeschehen ging es in einer Veranstaltung der Gesellschaft für bedrohte Völker. Über den Ausgang des jüngsten Gipfeltreffen zum Syrienkonflikt in Istanbul zeigte sich Dr. Kamal Sido enttäuscht. Der Nahostexperte der Gesellschaft für bedrohte Völker stellte fest, es werde keine dauerhafte Waffenruhe in Idlib geben ohne einen Rückzug der türkischen Truppen aus Nordsyrien. Denn die türkische Besatzungsmacht hätten mit ihren Kriegsverbrechen in Afrin die Sicherheitslage deutlich verschlechtert und die humanitäre Katastrophe der

Zivilbevölkerung verschärft. Wer Idlib stabilisieren wolle, dürfe das benachbarte Afrin nicht ignorieren. Sido forderte von Deutschland und Europa, nicht die Kurden im Stich lassen, die seit Jahren den so genannten „Islamischen Staat“ (IS) bekämpft hätten. Mindestens 3000 Kurden aus der von Kurden, Yeziden, Aleviten und Christen bewohnten Region seien von den türkischen Besatzern in Nordsyrien verschleppt worden. Alle Christen seien geflohen. Ob in Afrin jemals wieder ein christliches Leben entstehen könne, sei zu bezweifeln. Den Yeziden aus Afrin geht es nicht besser.

Über aktuelle Recherchen unter Geflüchteten auf Sizilien berichtete anschließend Ismet Nokta aus Münster. Die Notlage der in Süditalien gestrandeten mehrheitlichen Afrikaner, aber auch vieler Syrer, werde von skrupellosen Schleusern ausgebeutet, die sich zudem mit der Mafia verbündet hätten und vor allem junge Frauen in die Prostitution zwingen. Von der Stadt Münster forderte Dr. Kajo Schukalla für die Menschenrechtsorganisation Bereitschaft zur freiwilligen Aufnahme weiterer Geflüchteter. „Wenn nicht eine gut gestellte Stadt wie Münster, wer dann?“, fragte Schukalla.

Dr. Kamla Sido berichtete über die verheerende Menschenrechtslage in Syrien.



Ismet Nokta sprach über die Lage Geflüchteter, die er in Süditalien interviewt hat.

Eine-Welt-Gruppen trauern um Weihbischof Ostermann

(Pressebericht)

Die Nachricht vom Tod des emeritierten Weihbischofs Friedrich Ostermann hat auch in vielen Eine-Welt-Gruppen Betroffenheit und Trauer ausgelöst. Bei einem Treffen des Ökumenischen Zusammenschlusses der christlichen Eine-Welt-Gruppen Münsters (ÖZ) wurden auch zahlreiche Erinnerung an den beliebten Weih- und Regionalbischof ausgetauscht. Bereits 1986 stand er Pate bei Gründung dieses ökumenischen entwicklungspolitischen Netzwerkes. Zeigte er sich anfangs durchaus noch skeptisch, was den ökumenischen Ansatz betraf, so wurde er doch schnell zu einem engagierten Unterstützer der katholisch-evangelischen Zusammenarbeit in der Eine-Welt-Arbeit, erinnerte sich Josef Kückmann, Mitbegründer des Zusammenschlusses. Dr. Kajo Schukalla vom ÖZ-Koordinierungsteam und Sprecher der Gesellschaft für bedrohte Völker in Münster, erinnerte an Ostermanns großen persönlichen Einsatz für die Ghana-Partnerschaft des Bistums Münster mit den Diözesen im Norden Ghanas, die bereits 1982 begann und in der heute jeweils über 30 Gemeinden partnerschaftlich zusammenarbeiten. Von den Anfängen bis in seine letzten Lebensmonate war ihm Ghana, das er auch wiederholt besuchte, Teil seines Leben geworden. Doch auch bei Problemen Geflüchteter sowie Angehöriger der Roma-Minderheit war er immer ganz unkonventionell ansprechbar und hilfreich, ergänzte Schukalla. Wir haben einen wirklichen Freund in der Eine-Welt-Arbeit verloren, unterstrichen auch der aus Nigeria stammende Ernest Chigozie Onu und Christa Wischnat, evangelische Vertreterin im ökumenischen Zusammenschluss.



Gamal Kalil zeigt Gemälde über Krieg und Friede

Der Künstler Gamal Kalil stammt aus dem kurdischen Teil Syriens und hat in Münster eine neue Heimat gefunden. Doch auch hier lassen ihn die Themen seiner alten Heimat nicht los. So greifen seine Gemälde die eigenen Erfahrungen und aktuellen Entwicklungen um den Bürgerkrieg, politische Verfolgung, Menschenrechtsverletzungen und das Bemühen um Frieden immer wieder auf. Im Gespräch mit Klaus Bösing vom Eine-Welt-Forum, Dr. Kajo Schukalla von der



Gesellschaft für bedrohte Völker und Guido Schmidt vom Treffpunkt im Auenviertel La Vie erläuterte der angesehene Maler die Hintergründe und Geschichten um einzelne Arbeiten. Nur noch bis zum Montag (29.10.) ist die Ausstellung im Rahmen der städtischen Beiratsreihe „Unfair.Unfrieden.Flüchten“ im La Vie (Dieckmannstr. 127, münster-Gievenbeck) werktags 15-18 Uhr zu besichtigen. Der Eintritt ist frei. Zu Ende der Ausstellung können Interessierte auch Gemälde erwerben. Klaus Bösing, Kajo Schukalla, Gamal Kalil und Guido Schmidt (v.l.n.r.)



Leutheusser-Schnarrenberger wird Antisemitismus-Beauftragte in NRW

Die NRW-Landesregierung hat am Dienstag (06.11.2018) Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (FDP), ehemalige Bundesjustizministerin, zur neuen Antisemitismusbeauftragten für NRW ernannt. Das gab die Staatskanzlei am Nachmittag per Twitter bekannt. Sie soll künftig Ansprechpartner für Opfer sein, Vorbeugungsmaßnahmen koordinieren und in einem jährlichen Bericht an den Landtag Empfehlungen abgeben.

<https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/antisemitismusbeauftragte-nrw-100.html>

Brandanschlag auf Flüchtlingsschule der Darfur-Hilfe Darfur-Tagung: Konfliktanalyse und humanitäre Hilfe

Seitdem 2003 im westsudanesischen Darfur ein Konflikt zu systematischem Völkermord, Flucht und Massenvertreibung führte, herrscht noch immer kein Frieden in der zentralafrikanischen Region. Von den derzeit über 2,5 Millionen Flüchtlingen leben 300.000 im Osten des Tschad, einem der ärmsten Länder der Welt, derzeit zusätzlich von einer Hungersnot bedroht. Um diese Konfliktsituation und Möglichkeiten humanitäre Hilfe ging es in einer Tagung der Darfur-Hilfe e.V. und der Gesellschaft für bedrohte Völker in Münster. Die Darfur-Hilfe unterstützt seit 2004 aus dem Sudan Geflüchtete mit Bildungsprojekten und seit 2007 mit einer Schule in Tiné (Tschad). Doris Heineck (Marburg) referierte über die Projektarbeit und den Ausbau der Partnerschule, die heute von rund 1.200 Flüchtlingskindern besucht wird. Große Sorge bereitet derzeit den Lehrern vor Ort ein zweiter nächtlicher Brandanschlag, der mehrere Klassenräume zerstörte. Die Motive liegen noch im Dunkeln, berichtete Fadul Andusa (Frankfurt) von seinem letzten Projektbesuch. Über die schwierigen Arbeitsbedingungen humanitärer und zivilgesellschaftlicher Organisationen in den autoritär regierten Staaten informierte Dr. Ahmed Salih (Mainz). Dr. Zakaria Mohammed Ali (Marburg) beleuchtete die politische Gesamtsituation in den Ländern und die Rolle der konkurrierenden Rebellenorganisationen. Einen Rückblick auf die humanitäre Katastrophe mit über 500.000

Toten seit 2003 und Ausblick auf Friedensregelungen gaben Adam Ibrahim Eltom (Bern) und Dr. Kajo Schukalla (Münster). Beide zeigten sich eher pessimistisch, weil der Sudan aus rassistisch-ethnischen Gründen die Rückkehr der vertriebenen Bauern auf ihr Land verhindere, das großteils bereits von Neusiedlern besetzt sei. Umso notwendiger sei für die nachwachsenden Generationen eine gute Bildung, für die sich die Darfur-Hilfe einsetzt. Die afrikanisch-deutsche Darfur-Hilfe arbeitet rein ehrenamtlich und mit großem persönlichen Einsatz. Für die Schule El Keffah in Tiné benötigt der gemeinnützige Verein dringend Spenden.

Darfur-Hilfe e.V.

Sparkasse Münsterland Ost , IBAN: DE12 4005 0150 0034 2000 06 , Stichwort: „Darfur-Hilfe“



Die Referenten mit dem Vorbereitungsteam der Darfur-Tagung

Neue Broschüre zur Religionsfreiheit in Äthiopien

Die Fachstelle Menschenrechte bei Missio informiert regelmäßig über den Stand der Menschenrechte in ausgewählten Ländern. In der Reihe Länderberichte – Religionsfreiheit ist im Herbst 2018 ein neues Heft zur Lage in Äthiopien erschienen, das wie alle gedruckten Ausgaben mit leichter Verzögerung auch digital verfügbar ist.

Seit dem Amtsantritt des neuen Premierministers Abiy Ahmed führte der Hoffnungstreffer bereits Reformen durch und entließ Tausende politische Gefangene aus der Haft und traf im Juli 2018 bereits den eritreischen Präsidenten Isayas Afewerki, um den seit 1998 andauernden Kriegszustand zu beenden.

Der neue Äthiopien-Bericht beschreibt das Verhältnis der Religionsgemeinschaften aus historischer Perspektive und setzt sich kritisch mit den Entwicklungen unter der seit einem Vierteljahrhundert regierenden EPRDF auseinander.

Äthiopien

Länderberichte Religionsfreiheit. Heft 39, Aachen 2018

<https://www.missio-hilft.de/fileadmin/informieren/wofuer-wir-uns-einsetzen/religionsfreiheit-menschenrechte/laenderberichte-religionsfreiheit/laenderbericht-039-aethiopien.pdf>

Zahlreiche **weitere Downloads** der Länderberichte finden sich auf der Missio-Internetseite:

<https://www.missio-hilft.de/informieren/wofuer-wir-uns-einsetzen/religionsfreiheit-menschenrechte/laenderberichte-religionsfreiheit/>

Elbén gewinnt Preis

Das Münstersche Projekt hat in Düsseldorf den zweiten Preis des Deichmann-Förderpreises für Integration in der Kategorie „berufliche Förderung durch Unternehmen“ gewonnen. Wir gratulieren herzlich dazu.

Worum geht es in dem Projekt

Elbén – das ist syrisch-arabisch für „zwei Herzen“. Wir möchten Orte entstehen lassen, in denen sich syrische und deutsche Herzen näher kommen können, sich begegnen, kulturellen Austausch schaffen. Kulinarischer Austausch soll dabei Barrieren senken und Interaktion herbeiführen.

Elbén möchte daher Street Food Läden sowie Food Trucks eröffnen, in denen „Manakish“ von syrischen Geflüchteten zubereitet und verkauft wird.

In den Läden erhalten in Deutschland beheimatete Menschen und syrische Geflüchtete die Chance zur Begegnung. Integration wird erleichtert und eine langfristige Perspektive des Zusammenlebens geschaffen. Als Kulturvermittler dient dabei „Manakish“. Dies ist ein einfaches arabisches Fladenbrot aus Hefeteig, das sowohl in veganer und vegetarischer Variante, als auch mit Fleisch zubereitet werden kann. Es verbindet als „Fast Good“ Elemente eines Schnellimbisses mit gesunder Ernährung. Damit stellt der syrische Snack eine, in unserer Stadt bislang gänzlich fehlende, gesunde und leckere Alternative dar.

<http://www.elben-ms.de/>

<http://www.deichmann-foerderpreis.de/>

Flüchtlinge in Münster

Hinweise auch zum ehrenamtlichen Engagement für Geflüchtete bietet die Internetseite des Sozialamtes Münster

<https://www.stadt-muenster.de/sozialamt/fluechtlinge/ehrenamt.html>

<https://www.stadt-muenster.de/sozialamt/fluechtlinge/ehrenamt.html>

Die Seebrücke setzt sich u.a. für die Aufnahme Seenotgeretteter und mehr Flüchtlinge ein

<https://www.facebook.com/seebrueckemuenster/>

Die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender e.V. (GGUA) bleibt der wichtigste Akteur in der flüchtlingspolitischen Arbeit.

<https://www.ggua.de/startseite/>

GGUA Flüchtlingshilfe
Hafenstraße 3-5 (2. Etage)
48153 Münster
Email: info@ggua.de
Tel. 0251/ 14486-0
Fax 0251/ 14486-10

Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag:
9 – 12.30 Uhr
Montag und Donnerstag:
14 – 18 Uhr

Refugeeguide
Diese Orientierungshilfe enthält nützliche Tipps und Informationen für das Leben in Deutschland
<http://www.refugeeguide.de/>

Geflüchtete Menschen in Münster. Stadt Münster. Sozialamt. Mai 2017
https://www.stadt-muenster.de/fileadmin//user_upload/stadt-muenster/50_sozialamt/pdf/fluechtlinge/fluechtlingskonzept_2017.pdf

3. Ausgewählte Pressemitteilungen der Gesellschaft für bedrohte Völker

**Kamerun: Entführung von Schülern als Verbrechen gegen Menschlichkeit verurteilt
Eskalierender Bürgerkrieg in Kamerun kann nur durch politischen Dialog gelöst werden**

GfbV-Pressemitteilung vom 6.11.2018



Seit Monaten rufen kämpfende Bewegungen, die für einen unabhängigen anglophonen Staat Ambazonien eintreten, zu einem Boykott der Schulen in Kamerun auf. Bild: Alberto Vaccaro via Flickr CC BY 2.0

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat den Konfliktparteien im Bürgerkrieg in Kamerun schwere Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen und die Entführung von 79 Schülern, einem Schuldirektor und zwei Fahrern aus einem Internat im anglophonen Nordwesten des Landes durch bewaffnete Kämpfer als Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Doch auch reguläre Soldaten würden schwere Menschenrechtsverletzungen begehen, wenn sie ganze Dörfer in den englischsprachigen Gebieten vorsätzlich niederbrennen würden, kritisierte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Dienstag in Göttingen.

„Mit der Massenentführung hat die politisch motivierte Gewalt in den anglophonen Regionen einen traurigen Höhepunkt erreicht. Es ist ein Weckruf für die internationale Staatengemeinschaft, den eskalierenden Bürgerkrieg nicht länger zu ignorieren, sondern einen politischen Dialog zwischen den Konfliktparteien einzufordern“, erklärte Delius.

Die Gymnasiasten waren in der Nacht von Sonntag auf Montag aus einem Internat der Presbyterianischen Kirche in Bamenda verschleppt worden. Anders als in Nigeria, wo sunnitische Extremisten Schülerinnen entführen, weil sie eine Ausbildung von Mädchen ablehnen, wurden in Kamerun vor allem Jungen verschleppt.

Seit Monaten rufen kämpfende Bewegungen, die für einen unabhängigen anglophonen Staat Ambazonien eintreten, zu einem Boykott der Schulen in Kamerun auf. Sie werfen der Regierung vor, die englischsprachige Bevölkerung bei der Ausbildung im Schulsystem zu benachteiligen. Für die Unabhängigkeit kämpfende Gruppen haben immer wieder Schulen angegriffen. Im September wurde ein Schuldirektor erschossen. Mitte Oktober 2018 wurden sechs Gymnasiasten aus einer Schule in Bamenda verschleppt.

„Wir erwarten, dass der wiedergewählte Staatspräsident Paul Biya in seiner heutigen Ansprache zur Nation den eskalierenden Bürgerkrieg nicht länger schönredet“, sagte Delius. Wenn Biya nicht bereit sei, die dramatische Verschärfung der Lage wahrzunehmen, müsse Kameruns Schutzmacht Frankreich handeln und die Regierung zum Dialog drängen. Sie müsse endlich mehr Profil zeigen, um eine weitere Eskalation der Gewalt abzuwenden. Sonst drohe Westafrika eine weitere Destabilisierung.

Seit dem Ausbruch der Kämpfe im Jahr 2016 sind mindestens 400 Zivilisten und 175 Sicherheitskräfte gewaltsam zu Tode gekommen. Rund 300.000 Menschen sind vor der Gewalt geflohen.

Menschenrechtsaktion gegen zensierte Suchmaschine für China Google im Kreuzfeuer der Kritik

*GfbV-Pressemitteilung vom
5.11.2018*

Die GfbV protestiert gemeinsam mit der Tibet Initiative Deutschland gegen eine neue zensierte



Suchmaschine für China von Google vor der Niederlassung in Hamburg. Bild: Daniel Matt für GfbV

Gemeinsam mit Tibetern haben Menschenrechtler der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) und der Hamburger Regionalgruppe der Tibet Initiative Deutschland am Montagmorgen vor der Google-Niederlassung in der Hansestadt gegen eine neue zensierte Suchmaschine für China protestiert. „Das Dragonfly-Projekt verletzt Google's ethische Standards und schadet der Internetfreiheit. Wir wollen mit diesem Protest die kritischen Stimmen bei Google stärken, die davor warnen, sich der chinesischen Zensur zu unterwerfen“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius. Mit Computer-Bildschirmen, Tibet-Fahnen, phantasievollen Plakaten und einer überdimensional großen Werbung für das Gehirnwaschmittel „Xi Jinping“ kritisierten die Aktivisten, dass die neue Suchmaschine nicht über die anhaltenden schweren Menschenrechtsverletzungen in Tibet informieren wird.

Die Menschenrechtler befürchten, dass die Suchmaschine Dragonfly nur ein Zerrbild der Wirklichkeit in Tibet präsentieren wird. „In staatlich zensierten chinesischen Medien wird weder über Landrechtsproteste von Tibetern noch über die Zwangsansiedlung von Nomaden, die willkürliche Verhaftung von Menschenrechtlern noch über die Verletzung der Religionsfreiheit und die Selbstverbrennungen von Tibetern berichtet“, sagte Helmut Steckel von der Tibet Initiative Deutschland (Regionalgruppe Hamburg). Tabu sind auch alle Informationen über den Dalai Lama, das geistliche Oberhaupt der Tibeter.

„Wenn Google zu seinem Leitmotto „Do no harm!“ steht, dann darf es die neue Suchmaschine nicht auf den chinesischen Markt bringen“, warnte Delius. Denn jeder Nutzer muss sich mit seiner Mobiltelefonnummer offiziell registrieren lassen. Die Daten werden der chinesischen Staatssicherheit übermittelt, die daraufhin einen Überblick hat, wer sich für regierungskritische Informationen interessiert. Die neue Suchmaschine wird der chinesischen Staatssicherheit ermöglichen, noch repressiver gegen Regierungskritiker vorzugehen. Statt Internetfreiheit zu fördern, wird sie die Meinungsfreiheit weiter einschränken und neue Menschenrechtsverletzungen schüren.

Google hatte sich aufgrund der staatlichen Zensur im Jahr 2010 vom chinesischen Markt zurückgezogen. Nun erwägt das Unternehmen aus wirtschaftlichen Gründen die Rückkehr in die Volksrepublik.

Die Menschenrechtsaktion wurde organisiert von Gesellschaft für bedrohte Völker und den Hamburger Regionalgruppen der Tibet Initiative Deutschland und des Vereins der Tibeter in Deutschland.

Rechtsanwalt verfolgter Christin flieht aus Pakistan Pakistans Rechtssystem muss religiöse Minderheiten und ihre Rechtsvertreter wirksamer schützen

GfbV-Pressemitteilung vom 4.11.2018

Mit Bestürzung hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) auf die Flucht des Rechtsanwalts der in Pakistan von einem Todesurteil freigesprochenen Christin Asia Bibi aus seinem Heimatland reagiert. Nach massiven Todesdrohungen radikaler Islamisten verließ Rechtsanwalt Saif Malook gestern Pakistan mit einem Flugzeug in Richtung Rom und Amsterdam. Die GfbV hat die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte Michelle Bachelet gebeten, sich für einen wirksameren Schutz religiöser Minderheiten und ihrer

Rechtsvertreter in Pakistan einzusetzen. „Es darf nicht hingenommen werden, dass Pakistans Rechtssystem keinen wirksamen Schutz für Rechtsvertreter verfolgter religiöser Minderheiten vorsieht. Es ist skandalös, dass der Rechtsanwalt Asia Bibi glaubt, nur durch eine Flucht ins Ausland seine Ermordung durch Extremisten abwenden zu können“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Sonntag in Göttingen.

Auch die Richter des Obersten Gerichts in Pakistan, das Asia Bibi am letzten Mittwoch freisprach, müssen um ihr Leben fürchten, weil sie Morddrohungen radikaler Islamisten erhielten. Mehrere Richter untergeordneter Gerichte, die es wagten, wegen Blasphemie Angeklagte freizusprechen, wurden bereits in den letzten Jahren von Extremisten in Pakistan ermordet. In Pakistan sei eine öffentliche Debatte über den Stand und die Priorisierung von Recht und Religion überfällig, erklärte die Menschenrechtsorganisation.

Die GfbV forderte nachdrücklich, den dramatischen Verfall der Religionsfreiheit in Pakistan auch international stärker zu einem Thema zu machen. Als Mitgliedsstaat des Menschenrechtsrates der Vereinten Nationen habe Pakistan eine besondere moralische Verpflichtung, die Rechte religiöser Minderheiten und ihrer Rechtsvertreter zu achten und zu schützen.

Rechtsanwalt Saif Malook gilt unter sunnitischen Extremisten als besonders verhasst, da er auch als Vertreter der Anklage im Prozess gegen den Mörder des Gouverneurs des Bundesstaates Punjab gearbeitet hat. Gouverneur Salman Taseer war im Januar 2011 von einem religiösen Fanatiker ermordet worden, nachdem er sich kritisch zu den Blasphemie-Gesetzen geäußert und eine Freilassung Asia Bibis gefordert hatte. Sein Mörder Muntaz Quadri wurde zum Tode verurteilt und später hingerichtet. Vielen sunnitischen Extremisten gilt er heute als Märtyrer.

Nigeria: 49 Schiiten sterben bei Übergriffen der Armee Menschenrechtler fordern unabhängige Untersuchung und warnen vor Eskalation

GfbV-Pressemitteilung vom 2.11.2018

Nach dem gewaltsamen Tod von 49 Schiiten in Nigeria hat die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) vor einer Eskalation der Gewalt in den Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und der schiitischen Islamischen Bewegung in Nigeria (IMN) gewarnt. Nachdrücklich forderte die Menschenrechtsorganisation eine unabhängige Untersuchung der Übergriffe der Armee, bei denen in dieser Woche 49 Angehörige der religiösen Minderheit getötet wurden. „Wenn die nigerianische Armee nicht endlich Gesetze und rechtsstaatliche Prinzipien beachtet, droht dem Land eine neue islamistische Revolte. Denn die heutige Terrorbewegung Boko Haram ist unter ähnlichen Bedingungen entstanden“, warnte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Freitag in Göttingen. Schon im Dezember 2015 hatte die Armee ein Massaker an IMN-Anhängern in Zaria im Bundesstaat Kaduna verübt, bei dem 348 Schiiten getötet wurden.

Die jüngsten Todesfälle ereigneten sich, als IMN-Anhänger zwischen dem vergangenen Samstag und Dienstag in der Umgebung der Hauptstadt Abuja für die Freilassung ihres inhaftierten Anführers Ibrahim El-Zakzaky demonstrierten. Soldaten und Polizisten hatten nach Augenzeugenberichten mit scharfer Munition das Feuer auf die Demonstranten eröffnet. Die Armee räumt bislang nur den Tod von sechs IMN-Anhängern ein. „So problematisch das Ziel der IMN ist, einen schiitischen Gottesstaat zu errichten, so gibt dies trotzdem keine Legitimation, Demonstranten einfach zu erschießen“, kritisierte

Delius.

El-Zakzaky war gemeinsam mit seiner Ehefrau während des Massakers in Zaria festgenommen worden. Bei dem Blutbad waren auch drei seiner Söhne getötet worden. Im Dezember 2016 ordnete das Oberste Bundesgericht zwar seine Freilassung an, doch El-Zakzaky ist noch immer in Haft, weil man ihn der Bildung einer kriminellen Vereinigung und des Totschlags anklagen will.

Die Verantwortlichen für das Massaker in Zaria wurden niemals zur Rechenschaft gezogen, obwohl eine von der Regierung des Bundesstaates Kaduna eingesetzte Untersuchungskommission der Armee die Verantwortung für den gewaltsamen Tod der Muslime gab. Mit ähnlichen Methoden und extralegalen Exekutionen gehen die Sicherheitskräfte auch gegen Anhänger der Unabhängigkeitsbewegung im christlichen Biafra vor.

In Nigeria leben rund drei Millionen Schiiten, der Großteil der Muslime sind Sunniten. Rund 50 Prozent der 185 Millionen Bewohner des Landes sind Muslime.

Islamisten verhindern Ausreise freigesprochener Christin aus Pakistan Pakistans Rechtssystem wird zur Beute des islamistischen Mobs

GfbV-Pressemitteilung vom 3.11.2018

Die pakistanische Regierung hat am Freitagabend einen Deal mit islamistischen Gruppen ausgehandelt, unter anderem sieht es einen Revisionsantrag gegen den Freispruch für Asia Bibi vor. Bild: Cahaya Maulidian via Wikimedia Commons CC BY-SA 4.0

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat Bewegungsfreiheit und eine freie Ausreise für die vom Vorwurf der Blasphemie vom Obersten Gericht Pakistans freigesprochene Christin Asia Bibi gefordert. Scharf kritisierten die



Menschenrechtler einen am Freitagabend zwischen Pakistans Regierung und islamistischen Gruppen ausgehandelten Deal, um die seit drei Tagen anhaltenden Proteste gegen den Freispruch zu beenden. Denn die fünf Punkte umfassende Vereinbarung sieht vor, dass ein Revisionsantrag gegen den Freispruch zugelassen wird und vor Gericht über ein Ausreiseverbot für Asia Bibi verhandelt werden soll.

„Der Deal macht Pakistans Rechtssystem zur Beute des islamistischen Mobs. Er missachtet die Gewaltenteilung und die Priorität des Rechts. Wenn das Oberste Gericht Recht gesprochen hat, dann darf eine Regierung nicht zulassen, dass radikale Islamisten

noch dabei gefördert werden, wie sie die Rechtsprechung aushebeln. Der skandalöse Deal macht Pakistans Rechtssystem und Verfassungsordnung lächerlich“, erklärte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Samstag in Göttingen.

Pakistans Regierung erhofft sich von der umstrittenen Vereinbarung mit der radikal-islamistischen Tehreek-i-Labbaik Pakistan-Partei ein Ende der seit drei Tagen andauernden Proteste der Islamisten, die weite Teile des öffentlichen Lebens im Land lahmgelegt haben. Von den Protesten war besonders die Industriemetropole Karachi betroffen.

„Die Vereinbarung ist eine Bankrott-Erklärung des Rechtsstaates Pakistan gegenüber dem Druck islamistischer Bewegungen“, kritisierte Delius. Weit über den Fall Asia Bibis hinaus erschüttere sie das Vertrauen religiöser Minderheiten in den Schutz ihrer Menschenrechte durch den Staat, warnte die Menschenrechtsorganisation. Viele bedrängte Christen, Ahmadiyyah-Muslime und Hindu hatten neue Hoffnung auf einen Respekt ihrer Religionsfreiheit bekommen, nachdem Premierminister Imran Khan sich öffentlich dazu bekannt hatte, das Urteil des Obersten Gerichts zu respektieren und umzusetzen. „Mit ihrem Einlenken gegenüber dem islamistischen Mob hat Pakistans Regierung die Hoffnung auf mehr Religionsfreiheit in dem Land zunichte gemacht“, erklärte Delius.

**Marokko: Partnerschaftsabkommen hat Willkürjustiz nicht Einhalt geboten
Bundesregierung muss Kampf gegen Korruption und Machtmissbrauch
unterstützen und Menschenrechtsverletzungen kritisieren**

GfbV-Pressemitteilung vom 1.11.2018



Die 17 Verurteilten kommen aus der Provinz Rif-Gebirge und sind Anhänger der masirischen Protestbewegung Hirak. Bild: jbdodane via Flickr CC BY-NC 2.0

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) hat der deutschen Bundesregierung vorgeworfen,

Menschenrechtsverletzungen in Marokko systematisch zu ignorieren, um das Königreich als Partner bei der Bekämpfung von Flucht und Migration zu gewinnen.

„Das Partnerschaftsabkommen zur Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zwischen Marokko und Deutschland, das im Rahmen des „Compact with Africa“ am Dienstag in Berlin unterzeichnet wurde, hat der Willkürjustiz in dem Königreich nicht

Einhalt geboten“, kritisierte der GfbV-Direktor Ulrich Delius am Donnerstag in Göttingen. „Ein Gericht hat dort ebenfalls am Dienstag 17 Regierungskritiker zu bis zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt. Wer den Kampf gegen Korruption und Machtmissbrauch in Marokko unterstützen will, darf jedoch zur Bestrafung von Korruptionskritikern nicht schweigen. Deutschlands Einsatz für mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Marokko wird unglaublich, wenn das Engagement der Zivilgesellschaft bei der Bekämpfung von Korruption missachtet wird.“

Die 17 Verurteilten kommen aus dem Dorf Sidi Bouafif in der Provinz Rif-Gebirge und sind Anhänger der masirischen Protestbewegung Hirak. Sie sollen am 26. Juni 2018 an einer Demonstration gegen den Strafprozess von Nasser Zefzafi, den Gründer ihrer Protestbewegung, in Casablanca beteiligt gewesen sein. Hirak wendet sich gegen Machtmissbrauch, Korruption und Willkür, aber auch gegen die Vernachlässigung der Rif-Region durch staatliche Entwicklungsprogramme.

Wegen „Störung der öffentlichen Ordnung und Beleidigung von Polizisten“ verurteilte das Gericht in Al Hoceima eine Person zu sechs Jahren Haft. Vier der Angeklagten müssen vier Jahre und sieben für drei Jahre ins Gefängnis. Fünf Verurteilte erhielten mehrmonatige Gefängnisstrafen.

Nasser Zefzafi wurde am 26. Juni zu 20 Jahren Gefängnis verurteilt. Er gilt als einer der prominentesten politischen Gefangenen in Marokko. Zefzafi zählte u den drei aussichtsreichsten Kandidaten für den Sacharov-Preis des Europaparlaments 2018.

4. Hinweise zu neuen Publikationen der GfbV

Unser Bildkalender 2019 ist da! Beschwingt: Musik und Tanz in aller Welt

Das strahlende Lächeln der Tänzerin auf dem Titel unseres neuen Bildkalenders ist mitreißend: So kann pure Lebensfreude aussehen! Fröhlich, fast ausgelassen ist die Stimmung auch bei den Bhangra-Tänzern im indischen Punjab oder bei der Turkana-Nomadin in Kenia mit ihren leuchtenden Augen, die wir im Juni und Juli zeigen.

Sofort ist klar: Singen und Tanzen können so ansteckend sein!



Die Anishinabe in Kanada auf dem Februar-Bild hingegen dreht sich umhüllt von ihrem Fransentuch ganz selbstvergessen wie ein Vogel im Flug. Sie lässt erahnen, wie zentral ihr Tanz für ihr

kulturelles Selbstverständnis ist. Traditionelle Feste feiern auch die Bretonen in Nordfrankreich gern. Das Mädchen mit dem fast spitzbübischen Blick, dessen Porträt wir für den August ausgesucht haben, präsentiert sich stolz mit Spitzenhäubchen im Trachtenkleid.

Wir laden Sie herzlich dazu ein, in den informativen Texten auf den Rückseiten der Monatsblätter mehr über die Lage der Volksgruppen zu erfahren, die wir in unserem Kalender vorstellen. Unter ihnen sind auch die Assyrier/Aramäer/Chaldäer im Nahen Osten, die Itelmenen in Sibirien oder die Sufis in Pakistan.

Preis: 19,50 Euro (Versand kostenlos deutschlandweit)
Unterstützen Sie mit dem Kauf die Menschenrechtsarbeit der GfbV!

Hier gibt es weitere Einblicke in den neuen GfbV-Bildkalender:
<https://www.gfbv.de/de/informieren/bildkalender-2019/>

Fachzeitschrift Bedrohte Völker – Pogrom

Die GfbV-Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ berichtet regelmäßig alle zwei Monate und aktuell über verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten sowie indigene Völker in aller Welt. Im deutschen Sprachraum gibt es kein vergleichbares Medium. Die erste Ausgabe unserer Zeitschrift erschien 1970.

„bedrohte Völker - pogrom“ gibt Opfern von Menschenrechtsverletzungen eine Stimme und nennt die Täter beim Namen. Wir zeigen Lösungen für Konflikte und ein friedliches Zusammenleben, die den Respekt für die Identität und Lebensweise von ethnischen und religiösen Minderheiten einschließen, und scheuen uns nicht vor unbequemen Forderungen.

„bedrohte Völker - pogrom“ richtet sich an politisch wache Menschen, die sich für die Bewahrung kultureller Vielfalt einsetzen. Bei uns kommen nicht nur ausgewiesene Experten, sondern auch die Betroffenen selbst zu Wort.

Die aktuelle Ausgabe:

Seit Januar 2017 regiert Donald Trump als 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika im Weißen Haus. Seine Entscheidungen und Äußerungen haben konkrete Folgen für das Leben US-amerikanischer Bürger – nicht nur, aber vor allem auch für Minderheiten. Gemeinschaften von Minderheiten gibt es in den USA viele: indigene, religiöse wie ethnische. Wie reagieren Native Americans, Hispanics oder Muslime, um nur einige zu nennen, auf diese Veränderungen? „Make America great again“ – schön wäre für alle.

Nummer 307

Ausgabe 04/2018

Seiten 68

Preis 4.60 Euro

Foto der Tänzerin: gjohnstonphoto via istock



Trump und Flagge: Marina Linchevska via Shutterstock.com
Montage: Kurt Hofer

<https://www.gfbv.de/de/testbereich/unterseite-testing-update-80/verteilerseite-testing-update-80/>



Tipp für Interessierte und Forschende: In unserem pogrom-Archiv liegen viele interessante und spannende Texte zu verschiedenen Regionen und Völkern. Wenn Sie etwas Bestimmtes aus der Vergangenheit suchen, schicken Sie uns eine E-Mail mit dem Stichwort, nachdem wir unser Archiv durchsuchen sollen, an redaktion@gfbv.de. Wir lassen Ihnen dann gerne die Artikel digitalisiert zukommen.

GfbV-Zeitschrift im Abo

Wir würden uns besonders darüber freuen, wenn Sie unsere Zeitschrift regelmäßig lesen möchten: Das Abonnement umfasst sechs Ausgaben im Jahr und kostet inklusive Versand 25 Euro pro Jahr (ermäßigt 20 Euro).

Zeitschrift abonnieren oder kostenloses Probeheft anfordern unter:

<https://www.gfbv.de/de/informieren/zeitschrift-bedrohte-voelker-pogrom/zeitschrift-abo/>



Interesse am GfbV-Newsletter aus dem Bundesbüro?

<https://www.gfbv.de/de/informieren/newsletter/>



Mitarbeiten und / oder Mitglied werden und Menschenrechtsarbeit stärken !

Unsere Menschenrechtsorganisation ist föderal organisiert und bietet auch die Möglichkeit, in Regionalgruppen, so in Münster, mitzuarbeiten. Wenn Sie / wenn ihr Interesse habt/ haben, reinschauen und mitmachen kostet nichts, aber hilft!

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/mitglied-werden/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/ehrenamtlich-engagieren/>

50 Jahre für Menschenrechte und Minderheiten - 50 Jahre GfbV



Spendenkonto der Gesellschaft für bedrohte Völker:

Bank für Sozialwirtschaft

IBAN DE07 2512 0510 0000 50 60 70

BIC BFS WDE 33 HAN

5. Arbeitskontakte

Gesellschaft für bedrohte Völker – Regionalgruppe Münster

Ulrike Kuhlmann, Information und Vernetzung, Veranstaltungsorganisation
Tel. 0251/ 5309793 (mit AB)
E-mail: ulrikekuhlmann@googlemail.com.

Ismet Nokta, Ansprechpartner für Geflüchtete aus Syrien, Irak, Türkei
(deutsch, türkisch, kurdisch in mehreren Dialekten, niederländisch)
Tel. 0162-9789237,
E-mail: Ismetleyla@web.de

Dr. Kajo Schukalla, Koordinierung, Gremien, internationale Arbeit
Markweg 38, 48147 Münster,
Tel. 0251/ 2390606 (mit AB),
E-mail: kajo.schukalla@gmail.com



Informationen zur GfbV-Regionalgruppe Münster
www.rg-muenster.gfbv.de

Einige unserer Beiträge aus Münster findet ihr hier eingestellt:

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/regionalgruppe-muenster-archiv/>

<https://www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen/regionalgruppe-muenster/>

www.gfbv.de

PS. Die Adressen mit menschenrechte.weltweit@... dienen nur der Versendung, automatische Rückmails können nicht gelesen werden.

Datenschutzhinweis

Aufgrund der neuen **EU-Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)** haben wir unsere Datenschutzerklärung überarbeitet. Sie findet sich auf der GfbV-Internetseite www.gfbv.de

Dort werden auch ausgewählte Rundbriefe der GfbV-Regionalgruppe Münster auf der entsprechenden Unterseite eingestellt.

Hier finden sich Hinweise zum Datenschutz: <https://www.gfbv.de/de/footer-menue/ueber-uns/datenschutz/>

Wer mit der Nutzung der Adressdaten für den Versand dieser Menschenrechtsinformationen einverstanden sind, braucht nichts zu unternehmen.

Wer aus dem Mailverteiler gestrichen werden möchte, sende mir bitte eine individuelle E-mail an kajo.schukalla@gmail.com oder muenster@gfbv-rg.de . Ich werde dann alle Daten umgehend löschen.

Bei einfacher Rückantwort besteht die Gefahr bei Massenaussendungen, dass die Nachricht in der Fülle der individuell kaum zu bearbeitenden Sendungen verlorengeht. Dies gilt natürlich auch bei anderen wichtigen Reaktionen und Nachrichten.

